Entwurf

Anlage 2

der Dienstanweisung zur Regelung der Rufbereitschaft der Gemeinde Eitorf

Zu den Aufgaben der Rufbereitschaft gehört nicht:

- Aufgaben der polizeilichen Gefahrenabwehr (§ 1 Abs. 1 PolG NRW) wie z.B. Straftaten verhüten und vorbeugend zu bekämpfen
- Aufgaben nach dem LImSchG

Die Rufbereitschaft umfasst folgende Aufgabenbereiche:

- In Fällen von § 6 OBG Unterrichtung der zuständigen (Sonder-)Ordnungsbehörden und vorläufige Maßnahmen bis zu deren Eintreffen (z.B. Austritt wassergefährdender Stoffe § 18 Abs. 2 LWG , Gewässerverunreinigung und andere Straftaten gegen die Umwelt nach § 324 ff StGB),
- Anträge auf sofortige Unterbringungen nach § 14 PsychKG,
- Maßnahmen nach § 16, 17, 28, 30, 31 IfSG,
- Maßnahmen nach § 34 Abs. 2 BHKG,
- Gefahrenabwehrmaßnahmen bei Hochwasserschutz,
- Anordnung von Verkehrszeichen und -einrichtungen gemäß § 45 Abs. 3 i.V.m. § 14 OBG,
- Maßnahmen bei Kampfmittelfunden nach § 1 Kampfmittelverordnung NRW,
- Kurzfristige Unterbringung von Obdachlosen nach § 14 OBG,
- Fundtierunterbringung nach § 5a AGBGB i.V.m. § 965 ff BGB,
- Angelegenheiten in der zentralen Flüchtlingsunterkunft Turnhalle „ Am Eichelkamp“, sofern sie keinen Aufschub dulden und
- sonstige Maßnahmen der allgemeinen, nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr nach § 1 OBG i.V.m. § 14 ff. OBG

Ist bei den Einsätzen in den zuvor genannten Aufgabenbereichen aufgrund der konkreten Sachlage und / der allgemeiner Erfahrung mit tätlichem (aktiv oder passiv) Widerstand der Ordnungspflichtigen zu rechnen, so ist vor Beginn der Sachermittlung vor Ort , spätestens aber dann, wenn sich eine solche Sachlage zeigt, die Vollzugshilfe durch die Kreispolizeibehörde zu beantragen und sicher zu stellen.